

Dokumentation des DJV-Verbandstags 2023

5. und 7. November 2023 in Magdeburg

Beschlüsse/Wahlergebnisse

A – SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE

Antrag Nr.	A 1
Antragsteller:	Bundesvorstand
Betreff:	Fachliche Unabhängigkeit der/des Hauptgeschäftsführerin / Hauptgeschäftsführers als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt
Beschluss:	Annahme

§ 29 der Satzung wird um einen Absatz 4 ergänzt:

„(4) Die Hauptgeschäftsführerin bzw. der Hauptgeschäftsführer, die / der als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt für den Verband zugelassen ist bzw. werden soll, erbringt ihre / seine anwaltliche Tätigkeit für den Verband eigenverantwortlich und frei von fachlichen Weisungen durch die satzungsgemäß bestimmten Organe des Vereins. Insbesondere sind Weisungen der Organe ausgeschlossen, die eine eigenständige Analyse der Rechtslage und eine einzelfallorientierte Rechtsberatung ausschließen würden. Dieser Absatz 4 gilt entsprechend für die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin bzw. den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer, die / der als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt für den Verband zugelassen ist bzw. werden soll.“

§ 23 Absatz 3 j) der Satzung wird nach dem Strichpunkt um folgenden Satz ergänzt:

„§ 29 Absatz 4 bleibt hiervon unberührt;“

B – MEDIENPOLITIK 1

Änderungsantrag Nr.	3 zu B1
Antragsteller:	Bundesvorstand
Betreff:	Journalismusförderung
Beschluss:	Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer auf, eine staatsfern organisierte Journalismusförderung einzurichten. Diese Förderung zielt auf die Schaffung und den Erhalt journalistischer Arbeitsplätze, auch in ländlichen Regionen, ab. Die Förderung soll von der Einhaltung bestimmter Vorgaben, die auf die Förderung von Journalismus abzielen, abhängen. Dazu zählen Vorgaben wie - die Einhaltung quantitativer Standards bei der personellen Ausstattung von Redaktionen, - qualitativ-inhaltliche Kriterien, - die Tarifbindung und - die Einhaltung angemessener Honorare. Die Förderung umfasst alle förderrelevanten journalistischen Bereiche, schöpft alle Fördermechanismen – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – aus und beinhaltet neben kurzfristigen mittel- und langfristige Ansätze. Neue journalistische Formen und Gründungen dürfen nicht benachteiligt werden.

Antrag Nr. B 2
Antragsteller: Bundesfachausschuss Chancengleichheit und Diversity
Betreff: Recht auf Gendern
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert alle Medienhäuser, Verlage, Pressestellen, Redaktionen und Sender – öffentlich-rechtliche wie privatwirtschaftliche – in Deutschland auf, ihren Mitarbeiter:innen das Gendern in journalistischen Beiträgen zu ermöglichen. Inhaltlich wie formell müssen Journalist:innen bei ihrer täglichen Arbeit vor jeglichen einschränkenden Vorgaben, insbesondere aus der Politik, wirksam geschützt werden.

Antrag Nr. B 3
Antragsteller: DJV Berlin – JVBB
Betreff: Änderung der Ziffer 14 des Pressekodex
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert die DJV-Vertreter:innen im Deutschen Presserat auf, darauf hinzuwirken, Ziffer 14 des Pressekodex zu ändern und um die Themen Wissenschaftsberichterstattung sowie Berichterstattung über wissenschaftliche Forschungen wie folgt zu erweitern:

Die Ziffer 14 erhält als neue Überschrift: Wissenschafts- und Medizinberichterstattung

Neu eingefügt werden die Richtlinien 14.1 und 14.2 und zwei vorangestellte, erläuternde Sätze:

Übertreibungen, die zu unbegründeten Hoffnungen oder Befürchtungen führen, sind bei der Berichterstattung über Wissenschaft, Forschung und Medizin generell zu vermeiden. Gesichertes Forschungswissen soll ebenso kenntlich gemacht werden, wie vorläufige Ergebnisse oder Außenseitermeinungen.

14.1 – Wissenschaftsberichterstattung Zur umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit gehört, in der Wissenschaftsberichterstattung darzulegen, auf welchen Wegen gesichertes Wissen gewonnen wird. Zudem muss die Presse bei widerstreitenden Positionen Sorgfalt wahren und prüfen, ob alle Positionen wissenschaftlichen Anforderungen genügen.

Soweit Forschungsergebnisse Gegenstand der Berichterstattung waren, soll auch berichtet werden, wenn durch nachfolgende Untersuchungen die zuvor berichteten Ergebnisse in Zweifel gezogen werden müssen.

14.2 – Berichterstattung über Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien Bei Berichten über Forschungsergebnisse soll offengelegt werden, wann, in welchem Rahmen und mit welchen Methoden eine Studie durchgeführt wurde (z. B. Größe eines Samples, demografische und regionale Streuung). Ebenso soll auf mögliche Abhängigkeiten durch Drittmittelfinanzierung und Auftraggeber:innen geachtet werden. Bei Berichten über Forschungsergebnisse ist eine

unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Hoffnungen oder Befürchtungen, etwa bzgl. des Eintretens von Naturkatastrophen, wecken könnte.

Richtlinie 14.3. – Medizinberichterstattung (bisheriger Text der Ziffer 14) Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen wecken könnte. Wenn sich Forschung in einem frühen Stadium befindet, sollte der Forschungsprozess nicht als abgeschlossen oder als nahezu abgeschlossen dargestellt werden.

Antrag Nr.	B 4
Antragsteller:	Landesverband Bremen
Betreff:	Bezahlte Praktika in Medienhäusern
Beschluss:	Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert Bundes- und Gesamtvorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass alle Medienhäuser, öffentlich-rechtliche wie private, ihre Praktikant:innen und Hospitant:innen als angehende Journalist:innen bezahlen — auch, wenn es ein im Studium vorgeschriebenes Praktikum ist. Um das zu erreichen, suchen die DJV-Verantwortlichen das Gespräch mit den Rundfunkanstalten und Medienhäusern. Wenn von dort keine Reaktion erfolgt, veröffentlicht der DJV eine Übersicht mit den ‚Null-Euro-Redaktionen‘.

C – MEDIENPOLITIK 2 / RUNDFUNK

Dringlichkeitsantrag Nr.	2 zu C Medienpolitik 2/Rundfunk
Antragsteller:	Bayerischer Journalisten-Verband
Betreff:	Ausstieg der terrestrischen Verbreitung des Hörfunks via UKW
Beschluss:	Annahme

Der DJV fordert die Rundfunkkommission der Länder auf, ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen beim Ausstieg der terrestrischen Verbreitung des Hörfunks via UKW anzustreben und sich dabei mit den deutschsprachigen Nachbarländern Österreich und Schweiz abzustimmen. Dabei soll der Ausstieg der Verbreitung über UKW für alle öffentlichen-rechtlichen und privaten Sender im gesamten deutschsprachigen Raum Europas zeitgleich erfolgen.

Änderungsantrag Nr. 1 zu C1
Antragsteller: Björn Staschen / DJV Nord
Betreff: Verfahren zur Festlegung des Rundfunkbeitrags
Beschluss: Annahme

Der DJV fordert die Regierungen und Parlamente der Bundesländer auf, sich beim Verfahren zur Festlegung des Rundfunkbeitrags **im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts** an die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) zu halten.

Der DJV fordert die KEF auf, sich bei der Empfehlung der Beitragshöhe nicht vom Meinungsmachern und politischen Debatten beeinflussen zu lassen, sondern den tatsächlichen Bedarf der Rundfunkanstalten zu ermitteln. Dabei muss sie realistische Tarifsteigerungen einkalkulieren, die den Reallohnverlust durch die anhaltende Inflation ausgleichen.

Antrag Nr.: C 2
Antragsteller: Bundesfachausschuss Freie
Betreff: Freie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken und schützen
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag des DJV beauftragt die Fachausschüsse Freie und Rundfunk, die Situation der Freien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hinsichtlich ihrer Aufgaben, Stellung, Rechten, beruflichen Sicherheit und Vergütung in den verschiedenen Anstalten mit geeigneten Maßnahmen zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind dem Bundesverbandstag spätestens 2025 vorzustellen.

Schon heute muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Mittelanmeldungen der Intendant:innen im Rahmen des KEF-Verfahrens unzureichend sind. Die Arbeit von Freien darf nicht als Bestandteil von Sparmaßnahmen verstanden werden, sondern als Beitrag zur Sendungsvielfalt.

Antrag Nr.: C 3
Antragsteller: Landesverband Nordrhein-Westfalen
Betreff: Durchgehende Versicherung für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert den DJV-Bundesvorstand auf, sich beim Bundesgesetzgeber dafür einzusetzen, dass arbeitnehmerähnliche Freie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk trotz unständiger Beschäftigung die Möglichkeit erhalten, durchgehend in den Sozialversicherungen abgesichert zu werden.

D – FREIER JOURNALISMUS

Dringlichkeitsantrag Nr.	3 zu D Freier Journalismus
Antragsteller:	Bundesfachausschuss Freie
Betreff:	Mindesthonorare auch für Freie
Beschluss:	Annahme

Der Gesamtvorstand, der Bundesvorstand und die Landesvorstände werden aufgefordert, sich bei der Kulturstaatsministerin Claudia Roth sowie der Kultusministerkonferenz (und damit den Ländern) proaktiv dafür einzusetzen, dass auch freie Journalist:innen unter die künftigen Mindesthonorare/Basishonorare fallen. Dafür ist unter Mitwirkung des BFA Freie eine valide Vorlage zur Höhe von Mindesthonoraren zu erarbeiten, es sollen Gesprächstermine mit der Kulturstaatsministerin, auf Ausschussebene und Ebene der Kultusministerkonferenz vereinbart und Stellungnahmen eingereicht werden. Über die Art und Weise sowie den Stand der Bemühungen ist zum nächsten Bundesverbandstag Rechenschaft abzulegen.

Antrag Nr.	D 1
Antragsteller:	Bundesfachausschuss Freie
Betreff:	Einrichtung eines digitalen Vergütungskatalogs für freie journalistische Tätigkeiten
Beschluss:	Annahme

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des BFA Freie, der für einzelne Bereiche die entsprechenden Kolleg:innen und Referent:innen der anderen Bundesfachausschüsse einbindet, einzurichten, die einen Vergütungskatalog (digital) für Honorare (inkl. Altersvorsorge) für freie Journalist:innen erarbeiten sollen, damit Freie eine aktuelle Orientierung haben, um wirtschaftlich arbeiten zu können und der auch als Orientierung bei Gerichtsverhandlungen dienen kann.

E – TARIFRECHT / ARBEITSRECHT

Antrag Nr.	E 1
Antragsteller:	Bundesvorstand
Betreff:	Tarifbindung stärken
Beschluss:	Annahme

Der DJV-Verbandstag begrüßt das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die Vergabe bestimmter öffentlicher Aufträge von der Einhaltung tarifvertraglicher Standards abhängig zu machen und fordert Medienunternehmen, die nicht (mehr) tarifgebunden sind, in diesem Zusammenhang auf, sich wieder an Flächentarifverträge zu binden, mindestens aber Haustarife abzuschließen, die die Fläche abbilden.

Antrag Nr. E 2
Antragsteller: Landesverband Bayern
Betreff: Honorare für Freie - Gemeinsame Vergütungsregeln
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag beauftragt den Gesamtvorstand als Große Tarifkommission zusammen mit den Fachausschüssen Freie und Bild zu definieren, was aktuell als „angemessenes Honorar“ anzusehen ist und die Zahlen zu veröffentlichen. Der DJV-Verbandstag fordert den Gesamtvorstand auf, gemeinsam mit dem BDZV eine entsprechende Anpassung der „Gemeinsamen Vergütungsregel“ für freie hauptberufliche Journalist:innen aufzustellen. Gleichzeitig fordert der DJV-Verbandstag den MVFP auf, gemeinsame Vergütungsregeln für Zeitschriften mit dem DJV aufzustellen.

Antrag Nr. E 3
Antragsteller: Landesverband Bayern
Betreff: Kampagne „Ausbildung sichern“
Beschluss: Annahme

Der Gesamtvorstand als große Tarifkommission des DJV wird aufgefordert, sich für einen allgemeinverbindlichen Ausbildungstarifvertrag in den Medienunternehmen in Deutschland einzusetzen.

F – INNERVERBANDLICHES

Dringlichkeitsantrag Nr. 1 zu F Innenverbandliches
Antragsteller: Bundesvorstand (Autor:innen: Projektgruppe Stiftung)
Betreff: Übernahme einer bestehenden Stiftung durch den DJV
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag beauftragt den Bundesvorstand, unter Einbindung der vom Gesamtvorstand berufenen Projektgruppe Stiftung die Machbarkeit des Einstiegs in eine bestehende Stiftung, die mit dem allgemeinen Ziel der Förderung des Journalismus agiert und als gemeinnützig anerkannt ist, sowie deren Übernahme zu prüfen und – sofern im Hinblick auf eine bestimmte Stiftung alle rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt oder erfüllbar sind – dem Gesamtvorstand zum Beschluss vorzulegen, ob der Einstieg in die benannte Stiftung und deren Übernahme vollzogen werden soll.

Antrag Nr. F 2
Antragsteller: Landesverband Bremen
Betreff: Fit in den Themen der Zukunft
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag fordert Bundes- und Gesamtvorstand sowie die Landesverbände auf, den Blick bei Fortbildungen zu weiten und neben journalistischen Themen auch andere Inhalte mit klarem Bezug zur journalistischen Arbeit ins Programm aufzunehmen.

Antrag Nr. F 3
Antragsteller: Landesverband Bremen
Betreff: Kostenfreie Mitgliedschaft für geflüchtete Journalist:innen
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag empfiehlt allen DJV-Landesverbänden, geflüchteten Journalist:innen beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen eine kostenfreie Mitgliedschaft zu ermöglichen.

Antrag Nr. F 4
Antragsteller: Fachausschuss Zukunft
Betreff: Austauschprogramm mit ausländischen Journalistenorganisationen
Beschluss: Annahme

Der DJV-Verbandstag beauftragt den Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Zukunft, Kontakt zu ausländischen Partnerorganisationen und Gewerkschaften für ein mögliches Austauschprogramm für (junge) Journalist:innen aufzunehmen.